Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 60. | Dresden, Freitag den 14. März 1913. | 24. Jahrg.

Die Dresdner Holzarbeiter stimmten gestern dem Vertrage mit großer Majorität zu.

Auf dem konservativen Parteitag eiferten die Parteiführer gegen Erbschaftssteuer und für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft.

Die drei politischen Parteien Mülhausens protestierten **gegen jede kriegerische Lösung** der elsaß-lothringischen Frage.

Sternickel behauptet vor Gericht, nur einen Raub geplant zu haben.

In Sjaak (Norwegen) sind 15 Menschen durch eine **Lawine getötet** worden.

Die Stadt Provencale in Nordamerika wurde durch einen **Orkan zerstört.**

Konservativer Parteitag.

Seit mehr als drei Jahren hat kein allgemeiner Parteitag der Konservativen stattgefunden. Am Donnerstag strömten an 1500 konservative Mannen in den Kaisersaal des glanzvollen Restaurants Rheingold in Berlin zusammen, um in einer einzigen Nachmittagsversammlung von wenigen Stunden „Parteitag" zu halten. Dieser Parteitag förderte nichts zutage als einige Reden der konservativen Führer, in denen nur fast gänzlich bekannte Auffassungen wiederholt wurden. Auch nicht einmal leise Meinungsverschiedenheiten, wie es 1909 bei der Frage der Finanzreform ein wenig der Fall war, zeigten sich, der Chor der feudalen Herren jubelte dem Grafen **Westarp** und dem Herrn v. **Heydebrand** zu, als diese Chefs der Partei ihre reaktionäre Politik vertraten.

Reichstagsabgeordneter Graf **Westarp** wandte sich scharf gegen die Fortschrittspartei wegen ihres Dämpfungsabkommens mit der Sozialdemokratie. Die Konservativen würden ihr Verhalten zur Fortschrittspartei danach einrichten, denn „Wer einmal dämpft, dem glaubt man nicht, auch wenn er manchmal ehrlich ist". Westarp besprach weiter die Parteiverhältnisse im Reichstag, wo leider eine Radikalisierung und Demokratisierung eingetreten sei. Auch die Nationalliberalen gingen öfter mit der Linken zusammen. Aber es sei doch eine Mehrheit aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen für „positive Politik" vorhanden. Weiter erklärte Graf Westarp die Bereitwilligkeit seiner Partei, die **Militärforderungen** zu bewilligen und die **einmalige** Abgabe vom Vermögen zu leisten. Aber man müsse bei der Prüfung dieser einmaligen Abgabe recht vorsichtig verfahren: die Veranlagung und Erhebung dieser Abgabe solle **nicht durch das Reich**, sondern durch die Einzelstaaten geschehen. Wie aber die fortdauernden Kosten für die neuen Heeresverstärkungen aufgebracht werden sollen, darüber drückte sich Westarp sehr verschleiert aus. Es solle, sagte er, in der Heranziehung des Besitzes Entgegenkommen gezeigt werden, aber: „Wenn wir der einmaligen Abgabe zustimmen, so wird es uns nicht möglich sein, daneben **auch noch die Erbschaften der hinterbliebenen Ehefrauen und Kinder der Besteuerung durch das Reich in irgendeiner Form preiszugeben.**" Also jede Reichssteuer, die den Besitz allgemein und dauernd belastet, insbesondere die Erbschaftssteuer auf die Deszendenten, wird nach wie vor von den opferwilligen konservativen Oberpatrioten abgelehnt.

Dann kam Graf Westarp auf die Sozialdemokratie und auf „**die schlappe Haltung der Regierung** in der Bekämpfung der Sozialdemokratie" zu sprechen. Es sei ein Irrtum, zu glauben, die Sozialdemokratie erfolgreich mit Sozialpolitik bekämpfen zu können. Die Konservativen seien nicht Minister- und Kanzlerstürzer, aber sie hätten die Pflicht, die Stimme zu erheben, **wenn die Regierung nicht auf dem richtigen Wege sei. Die wichtigste Aufgabe** in der inneren Politik sei, **Front zu machen gegen die Sozialdemokratie**; daher die Forderung des **Arbeitswilligenschutzes**. Bis zur Schaffung des neuen Reichsstrafgesetzbuchs, das für 1920 in Aussicht gestellt worden sei, könne nicht gewartet werden. Das **Verbot des Streikpostenstehens** sei gefordert worden, weil es die Wurzel alles Uebels sei; es diene zur Einschüchterung der Arbeitswilligen, fördere Beleidigungen, Gewalttätigkeiten und Vergehen gegen Eigentum, gegen Leib und Leben. Das Verbot würde ein Symptom dafür sein, daß die Staatsgewalt und die bürgerliche Gesellschaft sich aufraffen gegen die Sozialdemokratie, gegen den „Staat im Staate".

Es folgten Berichterstattungen aus mehreren Einzelstaaten. Kammerherr v. **Spieß** aus Bayern und Geheimrat **Opitz** aus Sachsen legten sich für die Aufrechterhaltung „**eines starken Preußens**" ins Zeug. Dasselbe besorgte noch eifriger der preußische Landtagsabgeordnete Frhr. v. **Maltzahn**, der u. a. meinte: Das preußische Wahlrecht sei zwar nicht ohne Mängel, aber **das Reichstagswahlrecht erst recht nicht**. Möge man also zunächst einmal das Reichstagswahlrecht ändern, ehe man in Preußen eine Aenderung vornimmt. Das preußische Wahlrecht sollte ein noli me tangere (Rührmichnichtan) sein!

Der letzte Redner war Herr v. **Heydebrand**. Er stellte die seltsame Behauptung auf, die konservative Partei sei „eine moderne Partei geworden, die den großen Problemen der Gegenwart frei und klar gegenübersteht". Herr v. Heydebrand möchte seiner Partei den Makel abnehmen, daß sie nicht mit der Zeit fortgeht. Aber leider ist es mit Worten nicht getan. Die Taten der Partei beweisen, daß sie heut so zäh wie nur je an veralteten Anschauungen, wie sie den einseitigen Interessen des Grundbesitzes entsprechen, festhält. Weiter hofft Heydebrand, daß seine Partei bei den preußischen Wahlen ihren Besitz ungeschmälert erhalten werde. Dieser „moderne" Konservative singt dem Preußentum ein hohes Loblied:

„Wir wissen, was wir an Preußen und am Preußenheer haben. (Stürmischer Beifall.) Dieses Preußentum ist das Rückgrat des Reiches. (Stürmischer Beifall.) Der Tag, an dem Preußen in seiner alten Kraft dahinsinkt, wird ein dunkler Tag für das Reich sein. (Sehr wahr!) Preußen mit seiner Eigenart ist auch der festeste Wall gegen den Liberalismus. **Deshalb verteidigen wir das geltende preußische Wahlrecht.** Wir wissen, was in Frage steht, aber wir wissen auch, daß wir siegen werden." (Stürmischer Beifall.)

Allerdings, es ist eine geniale Kunst, zu „siegen", wenn das Dreiklassenwahlsystem 90 Proz. der Bevölkerung zur völligen Rechtlosigkeit verurteilt!

Schließlich aber verfiel Herr v. Heydebrand aus seiner Siegesrede in trübes Sinnen und in Anklagen gegen die Regierungsmänner:

Große Mächte stehen uns entgegen. Der Liberalismus findet sich immer mehr in **einer** Front zusammen, der wir eine Front der Rechten gegenüberstellen müssen. Wir müssen erleben, daß unser Volk täglich **hilflos und schutzlos** der nagenden Arbeit **der Sozialdemokratie** überlassen ist. Wo soll das enden? Wo soll es enden, wenn die Reden dieser Partei in den Parlamenten nichts anderes sind als die Schürung von Unzufriedenheit? Wird nicht der Tag kommen, an dem uns eine furchtbare Abrechnung bevorsteht? Ist es da nicht traurig, zu sehen — ich will keinen Mißton in unsere Verhandlungen hineintragen, aber dies muß gesagt werden —, daß es in dem Kampfe, dem wir nicht ausweichen können, **es an Führern fehlt.** Haben Sie die Empfindung, daß man an **den Stellen, die dazu berufen sein sollten**, von der Wichtigkeit der Sachlage so durchdrungen ist, wie es sein müßte? (Stürmische Rufe: Nein, nein!) Haben Sie nicht vielmehr die Empfindung, daß **es an rücksichtsloser Entschlossenheit und Kraft fehlt?** (Stürmische Zustimmung.) Das ist sehr bedauerlich und sehr ernst und das könnte hoffnungslos stimmen. Hoffnungslos, wenn unsere Partei nicht den Mut hätte, unter diesen Verhältnissen die Fahne zu tragen. (Stürm. Beifall.) Wenn niemand anders für die bürgerliche Gesellschaft eintreten will, dann werden wir diese Fahne tragen. (Erneuter Beifall.)

Das ist deutlich genug: Die Konservativen wollen sich einmal wieder als die „Retter des Vaterlandes" aufspielen, da die **Bethmann** und **Delbrück** nicht „stark" genug gegen die Sozialdemokratie auftreten. Es ist wahrlich herzzerbrechend, die Wehklagen dieser edlen Vaterlandsretter zu vernehmen. Leider wissen nur allzu viele auch außerhalb des konservativen Parteitagssaales, was der wirkliche Sinn dieser Jeremiade ist. Man weiß, daß es sich für die Konservativen **nur darum handelt, den Reichskanzler einzuschüchtern**, damit er nicht wage, **in der Steuerpolitik des Reiches und in der preußischen Wahlrechtsfrage** eine Haltung einzunehmen, die nicht völlig dem Egoismus der Herren Junker entspricht! **Dies ist das A und O aller konservativen Vaterlandsretterei!**

Die Ergebnisse der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

kl. Das **Reichsversicherungsamt** veröffentlicht soeben seinen **Geschäftsbericht auf das Jahr 1912**. Er enthält die ersten Ergebnisse der mit dem 1. Januar 1912 in Kraft getretenen neugeregelten Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. Leider spricht sich der Bericht über die Wirkungen der eingeführten Neueinrichtungen nur ganz nebensächlich aus. Ueber die Ergebnisse der neugeschaffenen Witwen- und Waisenfürsorge werden nur einige dürftige Zahlen gegeben, die kein Gesamtbild gestatten. Das ist auch sehr begreiflich. Mit der neuen Hinterbliebenen-Fürsorge läßt sich auch beim besten Willen kein Aufheben machen. Das jetzige Bild steht in trübem Gegensatz zu den marktschreierischen Lobpreisungen, die der Versicherung bei ihrer Einführung gespendet wurden.

Die neuen Vorschriften hatten zunächst die Wirkung, daß die Einnahmen an Beiträgen ganz erheblich stiegen, und zwar bei der Gesamtheit der Versicherungsträger von 209 Mill. M. im Jahre 1911 auf 270 Mill. M. im Jahre 1912. Das ist in erster Linie eine Folge der Erhöhung des Wertes der Beitragsmarken in allen fünf Lohnklassen, die mit den Mehrkosten für die Hinterbliebenenfürsorge begründet wurde. Daneben hat auch die immer sorgfältiger werdende Ueberwachung der Beitragsleistung, Kontrolle der Unternehmer, die Beitragseinnahmen gesteigert. Schließlich kommt auch die Zunahme der Versicherten und die infolge des Steigens der Löhne fortdauernde Verschiebung in der Beitragsleistung nach den höheren Lohnklassen in Betracht. Der Erlös allein aus dem Verkaufe der Beitragsmarken durch die Post betrug im Berichtsjahr 248 Mill. M. gegen 192 Mill. M. im Jahre 1911 und 180 Mill. M. im Jahre 1910. Die Beitragsleistung bei den Sonderanstalten (Knappschaftspensionskassen usw.) erfolgt ohne Vermittlung der Post; diese Ersatzinstitute besitzen überhaupt keine Beitragsmarken.

Im Jahre 1912 wurden von sämtlichen Versicherungsträgern 166 869 Renten festgesetzt. Davon waren 124 595 Invalidenrenten, 11 570 Krankenrenten, 12 111 Altersrenten, 3811 Witwen- und Witwerrenten, 110 Witwenkrankenrenten und 13 962 Waisenrenten. Dazu kamen noch 4118 festgesetzte Witwengelder und 108 gewährte Waisenaussteuern. Man sieht, daß ins besondere die Zahl der festgesetzten Witwenrenten **beschämend gering ist**. Vom Beginn der Invalidenversicherung bis Ende 1912 sind überhaupt 2 761 270 Renten festgesetzt worden. Der größte Teil davon ist natürlich inzwischen wieder weggefallen. Am 1. Januar 1913 liefen noch 965 624 Invalidenrenten, 15 905 Krankenrenten und 90 071 Altersrenten.

Eine Neueinrichtung der Reichsversicherungsordnung ist bekanntlich der „**Kinderzuschuß**" an solche Invalidenrentenempfänger, die Kinder unter 15 Jahren haben. Für jedes solches Kind soll der Rentenempfänger 10 Proz. der Rente mehr bekommen, bis zum Höchstbetrage der einundeinhalbfachen Invalidenrente. Die Bestimmung hat keine rückwirkende Kraft, sondern kommt nur für solche Personen zur Anwendung, die nach dem 1. Januar 1912 die Rente festgesetzt erhielten. Im Jahre 1912 wurden 15 148 Invalidenrenten mit Kinderzuschuß, das sind 11,3 Proz. der Invalidenrenten überhaupt, festgesetzt. Damit ist bewiesen, daß die Sozialdemokraten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung recht hatten, als sie behaupteten, die Neueinrichtung komme nur einem sehr kleinen Teil der Invaliden zugute.

Die **Beitrags-Erstattungen** haben durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung bekanntlich ihr Ende gefunden. Gleichwohl war im Jahre 1912 noch eine Anzahl Erstattungen vorzunehmen für Fälle, die sich noch im Jahre 1911 ereignet hatten. Es wurden die Beiträge noch zurückerstattet für 18 094 Heiratsfälle, 279 Unfälle und 5411 Todesfälle, insgesamt 28 010 Fälle, gegen 193 644 im Jahre 1911. Im Jahre 1911 wurden 10¼ Millionen Mark für Beitragserstattungen aufgewendet. Die Beseitigung dieser Ausgaben bedeutet eine weitere Ersparnis bezw. Einnahme der Versicherungsträger.

Nach alledem ist es kein Wunder, wenn die **Vermögensbestände** der Versicherung weiter erheblich gestiegen sind. **Sie betrugen Ende 1912 rund 1900 Millionen Mark** gegen 1759 Millionen Mark im Jahre 1911. Innerhalb der letzten acht Jahre haben sich die Vermögensbestände genau verdoppelt. Dieses Riesenvermögen hätte wahrlich hingereicht, die schmalen Rentenbeträge etwas aufzubessern. Von den Vermögensbeständen sind 34,5 Proz. in Wertpapieren, besonders in Anleihen des Reiches, angelegt. 418 Mill. M. wurden für Arbeiterwohnungsfürsorge hergegeben.

Die **Heilverfahren** haben eine kleine Ausgestaltung erfahren. Es wurden im Jahre 1912 rund 90 000 versicherte Personen in Heilanstalten, Genesungsheimen usw. untergebracht, wodurch zirka 23 Mill. M. Aufwendungen entstanden. Größere Fortschritte hat die **Invalidenhauspflege** gemacht. Während im Jahre 1911 nur 3927 Personen in Invalidenhäusern oder ähnlichen Anstalten untergebracht waren, stieg diese Zahl bis Ende 1912 auf 4431. Darunter befanden sich 1208 urheilbare Lungenkranke. Ohne Vermittlung der Versicherungsträger sind noch 16 817 Rentenempfänger in Siechen-, Kranken- und ähnlichen Anstalten untergebracht worden.

Die **Rechtsprechung** ist auf der schiefen Bahn weiter abgeglitten und für die Versicherten **noch ungünstiger** geworden. Es wurden erlassen in Invaliden- und Altersrentensachen 192 379 berufungsfähige Bescheide, in Hinterbliebenensachen 29 814. Gegen diese Bescheide wurden insgesamt 33 366 **Berufungen** bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung eingelegt. Von diesen Berufungen wurden 82,8 Proz. durch Urteil erledigt. Davon zugunsten der Versicherten 3862 oder 17,2 Proz. Im Jahre 1911 hatten 18,7 Proz. der Berufungen Erfolg für den Versicherten. Zugunsten der Versicherungsträger wurden 1912 18 664 oder 82,2 Proz. der Berufungen entschieden gegen 81,3 Proz. im Jahre 1911. Man sieht: Die Erfolge der Versicherten werden immer geringer, die der Versicherungsanstalten immer größer. **Revisionen** gegen die Schiedsgerichtsurteile beim Reichsversicherungsamt wurden 5069 eingelegt gegen 5939 im Jahre 1911. Ihre Zahl ist also rapid zurückgegangen. Auch bei den Revisionen ist der Erfolg für die Versicherten immer schwankender geworden. Die abgeminderten Schiedsgerichtsurteile verminderten sich von 2,84 auf 2,66 Proz. vom Jahre 1911 auf 1912.

Man sieht deutlich, die ganze „Reform" der Invalidenversicherung ist nur an der Oberfläche haften geblieben. Mehr Vorschriften, mehr Einrichtungen, aber **Fortdauer der ganzen Unzulänglichkeit der Hilfe**. Die Leistungen bleiben auf den proletarischen Magen zugeschnitten und schützen nicht vor dem Verhungern. Die Witwen- und Waisenfürsorge ist nur die Karikatur einer solchen. Unser Streben muß deshalb **auf eine Reform dieser „Reform"** gerichtet sein.

Das Elend der Mobilisierten.

Von unserem Korrespondenten.

th. **Wien**, 13. März.

Der russisch-österreichische Demobilisierungsvertrag gewährt beiden Staaten die Möglichkeit, ihre Truppen wieder auf den Friedensstand zu setzen. In Rußland wird diese Maßregel das ganze Heer treffen, in Oesterreich-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130314/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG